Kleine Anfrage

des Abgeordneten Mühlmann (AfD)

und

Antwort

des Thüringer Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie

Gendern in Antworten der Landesregierung auf parlamentarische Anfragen

Das **Thüringer Ministerium für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie** hat die **Kleine Anfrage 8/257** vom 17. Dezember 2024 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 7. April 2025 beantwortet:

1. Wieso und mit welcher konkreten Zielstellung verwendet die Landesregierung in der Antwort auf Frage 2 der Kleinen Anfrage 8/43 das Wort „Krankenhauspatient:innen“ (Drucksache 8/173)?

Antwort:

Im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 10. Oktober 2017 wurde konstatiert, dass es neben der binären Geschlechterdefinition von Mann und Frau auch noch diejenigen gibt, „die sich dauerhaft weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen.“ (1 BvR 2019/16). Um diese Personengruppe auch zu repräsentieren, wurde von der vormaligen Landesregierung an dieser Stelle der Binnen-Doppelpunkt verwendet.

Dem lag der Gedanke zugrunde, dass nichtbinäre Personen im Gesundheitssystem einer eigenen Beachtung bedürfen.

Im Übrigen enthält Drucksache 8/173 diese Schreibweise nicht.

2. Um welche Sprache handelt es sich und, falls dies einen Ausdruck aus dem Deutschen darstellen soll, welchem offiziellen Regelwerk ist dieser Ausdruck entnommen?

Antwort:

Es handelt sich um die Anwendung der deutschen Sprache. Ein sprachliches Regelwerk wurde bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage 8/43 nicht herangezogen.

3. Wie begründet die Landesregierung, dass die Verwendung dieses Ausdrucks im Einklang mit § 23 Abs. 1 Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz steht?

Antwort:

Der Ausdruck steht im Einklang mit § 23 ThürVwVfG alte Fassung, da es sich um die deutsche Sprache handelt und es in § 23 lediglich um Fremdsprachen geht, die bei amtlichen Vorgängen wie „Eingaben, Belege, Urkunden oder sonstige Dokumente“ übersetzt werden müssen.

4. Woraus ergibt sich nach Ansicht der Landesregierung die spezielle Schreibweise des verwendeten Ausdrucks mit einem Satzzeichen innerhalb des Worts?

Antwort:

Siehe Antwort auf Frage 1

5. Wie begründet die Landesregierung, dass der verwendete Ausdruck nicht mit einer richtigen deutschen Schreibweise oder alternativ mit korrekten deutschen Wörtern dargestellt werden kann?

Antwort:

Im deutschen Sprachgebrauch haben sich verschiedene Möglichkeiten herausgebildet, nicht binäre Menschen oder das sogenannte dritte Geschlecht sprachlich zu repräsentieren. Zu den Verwendungen, die alle Geschlechter umfassen, gehören beispielsweise die Substantivierung eines Partizips (zum Beispiel „Studierende“), die Formulierung einer geschlechtsneutralen Variante (zum Beispiel „Person“) oder einer Funktion („Leitung“) oder auch die in der Antwort zur Kleinen Anfrage 8/43 vom 10. Dezember 2024 durch die vormalige Landesregierung gewählte Variante des „Sonderzeichens“.

6. Wie begründet die Landesregierung, dass der verwendete Ausdruck im Einklang mit dem Beschluss des Landtags in der Drucksache 7/6672 – Gendern? Nein Danke! Regeln der deutschen Sprache einhalten – keine politisch motivierte Verfremdung der Sprache! – steht?

Antwort:

Auf die Rechtsprechung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs im Urteil vom 2. Februar 2011, Aktenzeichen 20/09, ThürVerfGH zur Verbindlichkeit von schlichten Parlamentsbeschlüssen wird verwiesen.

Schenk
Ministerin